

KURZ ERKLÄRT ZU UNSEREN VORSCHLÄGEN ZUR ORDNUNG DER MIGRATION UND STÄRKUNG DER INNEREN SICHERHEIT

In den letzten Monaten hat sich eine Reihe von schrecklichen Gewalttaten in Deutschland ereignet. Dass der Staat bei seinen Kernaufgaben von Sicherheit und geordneter Migration versagt, können wir nicht zulassen. Die Menschen in unserem Land haben ein Bedürfnis nach Sicherheit. Dem nachzukommen ist die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz qualifizierter Einwanderung und humanitärer Hilfe.

Die ungelösten Fragen der deutschen Migrationspolitik werden von der AfD-Fraktion auf infame Weise ausgenutzt. Sie ist kein politischer Partner, sondern der politische Gegner aller Kräfte, denen an einer echten Lösung für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik gelegen ist.

Die Vorschläge der Unionsfraktion gehen grundsätzlich in die richtige Richtung. Daher unterstützen wir ihren Fünf-Punkte-Plan. Seit Jahren blockieren die Fraktionen von SPD und Grünen entscheidende Schritte, die Migrationspolitik endlich in den Griff zu bekommen. Wir fordern sie auf, nun endlich mit uns gemeinsam für diesen Kurswechsel in der Migrationspolitik zustimmen, damit er aus der demokratischen Mitte unseres Parlaments kommt.

Politischen Ankündigungen müssen Taten folgen. Deshalb stimmen wir für einen Kurswechsel in der Migrationspolitik – und bringen eigene Vorschläge für mehr Ordnung und Kontrolle ein.

Wer die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllt, sollte gar nicht erst dauerhaft nach Deutschland einreisen können.

- Asylverfahren in Drittstaaten sind möglich. Es gibt hierfür keine unüberwindbaren rechtlichen Hürden. Dazu muss umgehend ein entsprechendes Pilotprojekt aufgesetzt werden.
- Die EU hat eine gemeinsame Asylpolitik und muss als einheitlicher Rechtsraum agieren. Deshalb sollte ein Schutzanspruch nicht an jeder EU-Binnengrenze, sondern nur an der EU-Außengrenze geprüft werden. So würden Zurückweisungen an deutschen Grenzen zweifelsfrei möglich. Bereits jetzt soll Deutschland erproben, wie Asylbewerber europarechtskonform an der Grenze zurückgewiesen werden können und den Rechtsweg dabei voll ausschöpfen.
- Bis auf Weiteres sind Grenzkontrollen notwendig, um irreguläre Migration zu bekämpfen.
- Ist Deutschland für ein Asylverfahren nicht zuständig, muss die Überstellung in den zuständigen EU-Mitgliedstaat Priorität haben. Das darf nicht an versäumten Fristen scheitern. Deutschland muss zudem signalisieren, dass es ab sofort auf die Einhaltung der Dublin-Regeln besteht.
- Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten und Aufnahmeprogramme müssen ausgesetzt werden.

Wer ohne Bleiberecht in Deutschland ist, der muss unverzüglich in seine Heimat zurückkehren.

- Zu oft scheitern Rückführungen am Vollzug durch die – auch unionsregierten – Bundesländer, z.B. wegen zu weniger Abschiebehaftplätze oder weil es den Sicherheitsbehörden an Ausstattung fehlt. Daher wollen wir die Zuständigkeit für Abschiebungen auf Bundesebene zentralisieren. Als erster Schritt in diese Richtung muss die Bundespolizei in ihren Befugnissen gestärkt und für Abschiebungen zuständig werden. Ebenso müssen die Länder deutlich mehr Plätze für Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam schaffen.
- Mit der neuen Abschiebehaft Plus sollen Bewährungsstrafen für ausreisepflichtige Straftäter nicht mehr in Frage kommen, wenn ein besonders schweres Ausweisungsinteresse entsteht.
- Wir wollen Pull-Faktoren für irreguläre Migration nach Deutschland, insbesondere Fehlanreize im Sozialsystem konsequent abbauen. Rechtskräftig und vollziehbar ausreisepflichtige Personen dürfen in der Regel keine Sozialleistungen mehr erhalten.
- Die Einstufung von Georgien und Moldau zu sicheren Herkunftsstaaten hat zeigt: Das Instrument wirkt. Zur Identifizierung und Einstufung weiterer Staaten brauchen wir ein geregeltes Verfahren.

Wir müssen mit geeigneten Maßnahmen die Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer erhöhen.

- Faktische und rechtliche Abschiebehindernisse bei den wichtigsten Herkunftsländern müssen wir beseitigen, etwa durch partnerschaftliche Migrationsabkommen, aber auch Druck: Entwicklungshilfe sollte nur als strikte Gegenleistung erfolgen. Staaten, die sich weigern, eigene Staatsbürger im Wege von Abschiebungen wieder aufzunehmen, müssen Konsequenzen spüren.
- Es muss auch Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien geben, insbesondere von Straftätern. Dazu bedarf es auch Kontakte auf Regierungsebene mit den jeweiligen De-facto-Machhabern.
- Auch Abschiebungen in Drittstaaten müssen geprüft werden. Mit aufnahmebereiten und sicheren Drittstaaten sollte Deutschland entsprechende Abkommen schließen.
- Der sogenannte EU-Türkei-Deal 2016 hat entscheidend dazu beigetragen, irreguläre Migration zu reduzieren und Schleusungen über das Mittelmeer zu unterbinden. Das kann auch als Vorbild für Vereinbarungen mit anderen Staaten wie beispielsweise Jordanien dienen.

Die öffentliche Sicherheit in Deutschland wollen wir gezielt stärken.

- Angsträume dürfen nicht unsere Städte prägen. Wir brauchen eine verstärkte Sichtbarkeit und Präsenz der Polizei in Innenstädten, an Bahnhöfen und öffentlichen Plätze. Das erhöht objektiv die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen.
- Wir brauchen ein systematisches Bedrohungsmanagement, das Hinweise auf psychische Auffälligkeiten in Verbindung mit Gewalttätigkeit erfasst, um Gefährder frühzeitig zu identifizieren – inkl. klarer Meldestrukturen und enger, koordinierter Zusammenarbeit aller relevanter Stellen. Wo möglich, muss es auch aufenthaltsrechtliche Maßnahmen geben.